

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshohl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 184

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver  
Samstag, den 8. August

Erscheint: wöchentlich 6 mal  
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

### Kleine Zeitung für eilige Leser

\* Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister wurden in Rom von Mussolini sehr herzlich empfangen.

\* Die Reichsregierung wird dem Reichspräsidenten auf sein Ersuchen sofort Vorschläge zur Änderung der Pressenotverordnung unterbreiten.

\* In der Nähe von Bjalystok in Polen ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei dem fünf Personen den Tod fanden und mehrere andere schwer verletzt wurden.

### Auf steilem Pfade.

Kreditdeflation. — Schluß mit dem Abwehristkont.  
Der Kampf im Haag.

Ein gutes Stück den Berg hinan hat das deutsche Volk schon hinter sich bringen können: die Stabilisierung der Währung, dann die Regulierung des Zahlungsverkehrs — das war schwere und harte Arbeit! War ein mühsames Steigen, oft ein taftendes Suchen des Weges oder ein gefährliches Klettern an steiler Felswand. Aber wir sind damit noch lange, lange nicht über den Berg hinweg, vielmehr sehen wir das vielleicht schwerste Stück Kletterarbeit noch vor uns. Die Diskonterhöhung auf 15 Prozent soll ja nicht bloß das brachliegende Geld nutzbar machen für den Zahlungsmittelverkehr, sondern ist der wichtigste Ausgangspunkt für die Regulierung unseres gesamten Kreditwesens, das ja unter den monatelangen, immer heftiger gewordenen Angriffen des Auslandes so furchtbar eingeengt worden ist. Genau so, wie wir es lernen mußten, uns nach der „Golddecke“ zu strecken, müssen wir es mit der Kreditdecke lernen, und wenn man von einer Gelddeflation sprechen möchte, so stecken wir jetzt tief auch in der Kreditdeflation drin. Der Kredit ist teuer, ist aber bewußt möglichst verteuert worden und die bisherige Kreditperre der Reichsbank ist zwar den Privatbanken gegenüber so gut wie aufgehoben worden, aber der Wirtschaft hat man nur „liberalere Maßnahmen“ versprochen, wenn sie Kredit brauchen oder den bisherigen prolongiert haben wollen. Und dafür müssen — nach Reichsbankstatistik — 15 Prozent, in Wirklichkeit sehr viel höhere Zinsen gezahlt werden; nur noch eine schöne Erinnerung ist die Vergangenheit, als der Privatbankrott um 1 Prozent über dem Reichsdiskont stand. Aber die Regulierung des Kreditwesens soll eben mit Hilfe der Diskontschraube, nicht oder möglichst wenig durch eine Kreditperre oder -einschränkung erfolgen. Das heißt also für den, der Kreditverpflichtungen namentlich gegenüber den Banken hat: Abbeden, abbeden, koste es, was es wolle! Sonst sitzt man bei diesen Zinsen sehr schnell überhaupt fest! Und für den, der Kredit haben will und muß, ist der Blick auf die Diskontschraube eine Mahnung: Beschränkung auf das dringlichste Notwendige, wirtschaftlich wirklich Verantwortbare! „Eingefrorene“ Kredite werden mit dieser Diskont-Lösung „aufgetaut“ und die Banken werden sehr rasch an einen Abbau der von ihnen gegebenen Darlehen, also der Debitoren gehen müssen, weil sie wieder liquide werden wollen. Und die Opfer, die dabei auf der Strecke bleiben ...!

Gerade weil die Wiederherstellung des gesamten Zahlungsverkehrs so reibungslos vor sich ging, wurden sofort Stimmen laut, daß der Diskont wieder herabgesetzt werden müsse; seine Höhe überrage weit die Notwendigkeiten, die sich selbst aus unserer bedrückten und verengten kreditpolitischen Lage ergäben. Daß die Reichsbank übrigens selbst nur mit einer vorübergehenden Geltung dieses „Abwehristkontos“ rechnet, ergibt sich daraus, daß sie Wechsel nur für 10 Tage zu dem 15prozentigen Satz diskontiert. Tatsächlich haben sich bei den Banken schon wieder sehr große Kassenbestände angesammelt, so daß von ihnen ein Dreimonatskredit des — Reiches glatt übernommen werden konnte; für 15 Prozent tut man schon was! Wenn Dr. Brüning in seiner Rundfunkrede darauf hinwies, daß die Maßnahmen zur Regulierung des Zahlungsverkehrs hauptsächlich mit den „Großen“ im Reich der Kreditinstitute vereinbart, sich das nun aber über die mittleren bis zu den kleinen Banken hin auswirkte, so ist das, wie der Gesamterfolg lehrt, zweifellos richtig; aber nun muß auch dafür gesorgt werden, daß nicht wegen des überhöhten Diskonts gerade die mittleren und kleinen Unternehmer, der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand, vor allem aber der Landwirt ihre Waren schnell verschleudern müssen, nur weil sie ihre Kredite wegen der hohen Zinsen zurückzahlen haben, oder die Kredite ihnen einfach gekündigt werden. Wegen „Mangels an Sicherheit“, denn es handelt sich doch hier fast durchweg um Warenkredite, und wenn die Warenpreise ins Rutschen kommen, dann geraten auch die Kreditunterlagen und -sicherheiten ins Wackeln und Stürzen. „Schleunigste Lageräumung“ ist schnell gesagt, aber schwer getan; denn man muß doch auch — Käufer für die Waren kriegen.

So versuchen wir mühsam die Felsblöcke zu umgehen oder zu überklettern und haben nur wenig Muße, um in kurzer Atempause auch mal nach anderen Gesichtspunkten hinüberzublicken. Im Haag vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof hat gerade die Verhandlung über die vertragsschlichtende Zulässigkeit des heute schon halbvergessenen deutsch-österreichischen Zollunionplanes stattgefunden; zwischen heute und den Frühlingstagen, als er veröffentlicht wurde, liegen zeitlich

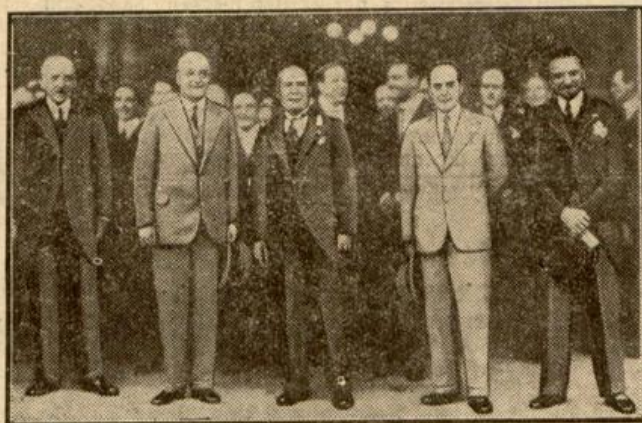
## Der Kanzler in der Ewigen Stadt

### Die deutschen Minister in Rom.

Mussolini zum Empfang auf dem Bahnhof.

Der Empfang, der den deutschen Gästen auf dem Hauptbahnhof in Rom zuteil wurde, stand im Zeichen der persönlichen Anwesenheit des italienischen Regierungschefs. Mussolini hat es sich nicht nehmen lassen, dem Reichskanzler in Rom als erster die Hand zu drücken und dadurch zu betonen, wie herzlich die deutschen Minister in der Ewigen Stadt erwartet wurden.

Dem Sonderzug entstieg zuerst der Reichskanzler mit dem deutschen Votschafter in Rom, von Schubert, dem Außenminister Curtius und den Herren ihrer Begleitung. Nach der Begrüßung mit Mussolini und Grandi stellte letzterer den deutschen Gästen die anwesenden Herren vor. Mussolini geleitete darauf Brüning und Curtius durch den königlichen Empfangssaal auf den Bahnhofsvorplatz, wo sich der Reichskanzler und der italienische Regierungschef sowie beide Außenminister mit ihrem Gefolge den Photographen und Filmoperateuren lachend stellten. Hinter dem Spalier der Carabinieri kniften die Römer, die sich zur Begrüßung eingefunden hatten, Beifall. Darauf bestiegen die beiden deutschen Minister ihren Wagen und fuhren über den Bahnhofsvorplatz, der schon lange vor Eintreffen des Sonderzuges abgesperrt war, zum Grandhotel. Im zweiten Wagen folgte Mussolini und dann der deutsche Votschafter.



Die Ankunft der deutschen Minister in Rom.  
Von links: der deutsche Votschafter in Rom, v. Schubert — Reichskanzler Dr. Brüning — Mussolini — Reichsaussenminister Dr. Curtius — Außenminister Grandi.

### Die erste Unterredung.

Später fuhren Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius vor dem Palazzo Venezia vor, um dem italienischen Regierungschef ihren offiziellen Besuch abzustatten. Während sie sich in den Palast Mussolinis begaben, präsentierte die faschistische Wache das Gewehr. Die Unterredung dauert anderthalb Stunden.

### Grüße des Königs von Italien.

Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius haben den Wunsch ausgedrückt, dem König von Italien persönlich ihre Hochachtung bezeugen zu dürfen. Der König, der sich zurzeit in Sant' Elia Valldieri befindet, hat diese Absicht mit großem Dank angenommen, hat die Minister aber im Hinblick darauf, daß sie so bald wie möglich nach Deutschland zurückkehren müssen, wo sie schwere und dringende Aufgaben erwarten, gebeten, von der beabsichtigten langen Reise abzusehen und hat ihnen seinen Gruß entboten.

### Was der Kanzler von Mussolini erhofft.

Der Reichskanzler hat kurz nach seiner Ankunft in Rom der amtlichen italienischen Agentur folgende Erklärung übergeben: „Die Tatsache, daß ich und mein Kollege Curtius diese Reise nach Rom unternehmen in einem Augenblick, zu dem Deutschland alle seine Kräfte in dem Kampf für seine wirtschaftliche und politische Existenz eingesetzt hat, beweist, wie wichtig uns der persönliche Kontakt und ein vertraulicher Gedankenaustausch mit den leitenden Staatsmännern Italiens von heute erscheint, und zwar besonders mit dem hervorragenden italienischen Regierungschef. Ich will daher schon jetzt meine Dankbarkeit der italienischen Regierung gegenüber erklären, die unseren Wunsch nach diesem persönlichen Gedankenaustausch in so liebenswürdiger und freundschaftlicher Weise aufgenommen hat. Das deutsche Volk hat in seiner schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage mit Dankbarkeit das italienische Interesse festgestellt, das zum Aus-

druck kam in der schnellen und bedingungslosen Annahme und der praktischen Durchführung des Hoover-Planes.

Im Verlaufe der freundschaftlichen internationalen Unterhaltungen, die zu diesem Zwecke begonnen wurden, wollen wir nicht nur die Fragen freundschaftlich besprechen, die in besonderer Weise Deutschland und Italien interessieren, sondern auch alle jene Probleme, die gelöst werden müssen, wenn man nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa die Möglichkeit zu friedlicher Arbeit geben will und zur Befriedung der durch die schweren Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte geschlagenen Wunden. In diesem Sinne hoffe ich auf eine glückliche Abwicklung der bevorstehenden Unterredungen zwischen den deutschen und italienischen Staatsmännern.

### Mussolini und die europäische Zusammenarbeit.

Bei einem Empfang der Vertreter der deutschen Presse gaben der Reichskanzler und der Außenminister eine kurze Erklärung über den Zweck der Reise nach Rom ab. Reichskanzler Dr. Brüning nahm hierbei Bezug auf die Erklärung, die er durch die italienische amtliche Nachrichtenagentur verbreiten ließ. Der Reichskanzler betonte, daß er, nachdem er mit Grandi bereits in London eine Unterredung gehabt habe, über dasselbe Thema auch mit Mussolini sprechen wollte. Wir sehen in ihm, fuhr der Reichskanzler fort, eine Persönlichkeit, die den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit besonders in den Vordergrund gestellt hat. Die Schaffung einer Vertrauensatmosphäre unter den Völkern sei daher das Hauptziel der Besprechungen in Rom.

Reichsaussenminister Curtius fügte hinzu, daß die Unterredung Mussolinis im Palazzo Venezia sehr offen und freundschaftlich war. Curtius brachte sodann die Befriedigung der deutschen Minister über den würdigen und herzlichen Empfang zum Ausdruck, der ihnen schon von der Grenze an zuteil geworden sei. Besonders gerührt seien sie über die Tatsache, daß Mussolini sie persönlich am Bahnhof erwartet habe. In derselben freundschaftlichen Weise hätte sich auch dann der Empfang im Palazzo Venezia abgepielt.

### Der deutsche Besuch in Rom.

Die Unterredung zwischen den italienischen und den deutschen Staatsmännern wurde im Verlauf des Frühstücks, das Grandi in der Villa Borghese zu Ehren der deutschen Minister veranstaltete, in zwangloser Weise fortgesetzt. Mussolini war hier nicht zugegen, schaltete sich aber nachmittags in Livorno in die Unterhaltung ein, wo unter dem Schatten der Bäume der Villa d'Este der Tee eingenommen wurde. Man sah den Reichskanzler dort abwechselnd im Gespräch mit Mussolini, mit dem italienischen Votschafter in Berlin und mit Außenminister Grandi. Mit letzterem unterhielt sich auch Außenminister Curtius sehr eingehend. Über den Stand der Unterredung ist nichts bekannt geworden, es hat jedoch den Anschein, als ob man nach der ersten allgemeinen Fühlungnahme bereits konkretere Fragen erörtert hat, wobei wirtschaftliche Probleme im Vordergrund der Aussprache zu stehen scheinen.

Mussolini und Grandi werden Sonnabend in der deutschen Botschaft Besuche abstatten und die Gelegenheit zur weiteren Aussprache benützen.

### Zum Besuch der deutschen Reichsminister.

Das Urteil des „Osservatore Romano“.

Der „Osservatore Romano“ widmet dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister, wie aus Rom gemeldet wird, einen außerordentlich freundlich gehaltenen Begrüßungsartikel. Das Blatt erklärt u. a., das lebhafteste Interesse, daß die internationale Presse für diesen Besuch bekunde, beweise, mit welcher gespannten Erwartung die Völker die Arbeit verfolgten, die sie dem Weltfrieden entgegenführen solle. In Chequers, Paris, London und Berlin seien die ersten Etappen ihrer neuen anregenden Friedensarbeit zurückgelegt worden. Es sei bezeichnend, daß die Serie der Unterredungen in Rom schließe, wo die heutigen Ereignisse neben der politischen auch eine ausgesprochen moralische Bedeutung hätten. Die Gäste brachten zu dieser Arbeit eine ausgezeichnete Einstellung mit. Curtius setzte die Politik Stresemanns fort, dessen Arbeit zum Wiederaufbau Europas der gleichen Aufgabe würdig war. Reichskanzler Brüning bringe außer seiner hervorragenden kulturellen und geistigen Vorbereitung ein für die heutige Stunde mehr denn je nötiges Element mit: das Vertrauen. Das vatikanamtliche Blatt erklärt dann u. a. weiter, daß Brüning in dem Wort und dem Segen des Nachfolgers Petri die Freude und Stärkung finden werde, für die Arbeit, die keine Hemmung kennen könne gegenüber den fortbestehenden Schwierigkeiten. Diese moralische Hilfe erster Ordnung werde dem in seinem Glauben ebenso vorbildlichen Staatsmann bei seiner Tätigkeit nicht mangeln.

Entscheidung ist nicht gefällt, sondern — hinausgeschoben worden. Bis etwa zu der Zeit, da der Völkerverbund im September wieder zusammentritt. Inzwischen aber wird die Geschichte, wird unser Schicksal mit Weilenstiefeln weitergeführt sein. Zurückschauen haben wir Deutsche jetzt weniger Zeit denn je. Allzu leicht fräudelt oder stürzt, wer auf mühsam-steilem Aufstieg den Blick vom Wege wendet.

Dr. Fr.

## Politische Rundschau

### Deutsches Reich

#### Fraktionsberatungen im Reichstag.

Reichstagsfraktion und Parteivorstand der Wirtschaftspartei sind für kommenden Dienstag zu einer Sitzung im Reichstagsgebäude einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß man sich in erster Linie mit den Vorfällen in Sachsen und mit der Gründung der Radikalen Mittelstandspartei beschäftigen wird. Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes ist für den 17. August zu einer Sitzung einberufen.

#### Keine Grundsteuerpflicht der Landeskirchen.

Auf Grund einer reichsgerichtlichen Entscheidung, die in diesen Tagen gefällt wurde, und die sich mit der Grundsteuerpflicht der Mecklenburg-Strelitzer Landeskirche gegenüber dem Amt Stargard befaßt, wurde festgestellt, daß die Heranziehung der Kirche zur Grundsteuer mit den Bestimmungen der Artikel 138 und 173 der Reichsverfassung unvereinbar und gesetzwidrig sei. Somit wird der Mecklenburg-Strelitzer Freistaat zur Rückzahlung der in den letzten Jahren von der Kirche vereinnahmten Grundsteuerbeträge verpflichtet sein.

#### Amerikas Baumwollkredit an Deutschland.

Das Angebot der deutschen Reichsregierung, gegen einen mit 4 1/2 Prozent zu verzinsenden dreijährigen Kredit 600 000 bis 800 000 Ballen Baumwolle aufzukaufen, liegt bereits dem Bundesrat zur Prüfung vor. Obwohl die amtlichen Stellen eine Äußerung vorläufig ablehnen, scheint das Parlament trotz der Proteste der Baumwollstaaten geneigt zu sein, auf die deutschen Vorschläge einzugehen.

## Verfassungspostkarte.

Die Reichspost gibt zum Verfassungstag eine besondere Postkarte zu acht Pfennig heraus, die auf dem linken Teil der Vorderseite das Bildnis des Kaisers vom Stein zeigt. Die Karte trägt den Freimarkenspiegel der gewöhnlichen Postkarte. Sie kann auch nach dem Ausland verschickt werden, wenn man die nötigen Freimarken nachlegt. Der Verkauf beginnt am 10. August. Die Karte wird nur in beschränkter Auflage ausgegeben.

## Weitere Geldrückflüsse an die Reichsbank.

Die Reserven nicht in Anspruch genommen.

Infolge der Rassenvorsorge der Banken und der geringen Ansprüche des Publikums an die Banken war wieder ein erheblicher Rückfluß an die Reichsbank festzustellen. Während das deutsche Notenbankinstitut am 5. August über 86 Millionen Einzahlungen und nur eine Million Auszahlungen berichtete, betrugen die Einzahlungen am 6. August 81,1 Millionen und die Auszahlungen 0,3 Millionen Mark. Die von der Reichsbank bereitgestellten Reserven brauchen also wieder nicht in Anspruch genommen zu werden, da im Gegenteil der Notenrückfluß angehalten hat.

## Devisensperre für Agrarprodukte.

Die lebensnotwendigen Erzeugnisse der Devisenordnung.

Die von der Reichsregierung herausgegebenen Richtlinien zur Durchführung der Devisenverordnung bestimmen bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im wesentlichen folgendes: In der Liste der lebensnotwendigen Erzeugnisse, für die unbefristet Devisen gegeben werden, sind im wesentlichen Rohstoffe enthalten, an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Getreide und Getreideerzeugnisse als Kraftfutter und Margarineerzeugnisse. In der zweiten Liste der bedingt lebensnotwendigen Waren, für die Devisen nur im Rahmen enger Kontingente zur Verfügung stehen, sind von wesentlichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Weizen, Gerste, Mais und Butter enthalten. Die übrigen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Einschluß der gangbaren Holzarten, der Erzeugnisse der Veredelungswirtschaft und des Gartenbaues fallen unter die Erzeugnisse, für die unter den heutigen Verhältnissen angesichts der ausreichenden Bedarfsdeckung durch die heimische Landwirtschaft keine Devisen zur Verfügung stehen.

#### Proteste des Auslandes.

Die Berliner Berichterstatter der Londoner Presse befaßten sich eingehend mit den Auswirkungen der deutschen Devisenverordnung auf den ausländischen Handel. Die „Times“ meint, daß Proteste von solchen Staaten zu erwarten seien, die ein Recht auf die Weltmarktbezugnahme haben. „News Chronicle“ spricht von einer künftigen Beeinträchtigung des freien Handels und betont die Auswirkungen auf den Handel anderer Länder. Das Blatt hält es für möglich, daß von italienischer Seite bei den in Rom weilenden Reichsministern protestiert würde.

## Devisenfreigabe für den Warenverkehr.

Die Reichsregierung hat die Devisenbewirtschaftungsstellen angewiesen, bis auf weiteres den Firmen, die eine entsprechende Handelskammerbescheinigung vorweisen können, allgemein die Genehmigung zum Erwerb von Devisen und zur Verfügung über Devisen zu erteilen, soweit diese Devisen zur Finanzierung der Ein- und Ausfuhr und des Transithandels von Waren verwendet werden sollen.

Die Reichsregierung erwartet aber von Verbraucherschaft, Handel und Banken, daß sie bei der Einfuhr insbesondere von Luxuswaren und Genussmitteln sich die durch die Wirtschaftslage gebotene Zurückhaltung

auferlegen. Eine Kontrolle der Verwendung der für die Einfuhr in Anspruch genommenen Devisen wird nachträglich durch die Devisenbewirtschaftungsstellen stattfinden. Die ergänzenden Vorschriften, die sofort in Kraft treten, bringen folgende neue Bestimmungen.

Der Abschluß von Termingeschäften über ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel mit Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung kann nur mit der Reichsbank oder im Rahmen der von der Reichsbank erteilten Ermächtigung abgeschlossen werden.

Devisenansprüche für Waren, für die der urkundliche Nachweis geliefert wird, daß sie auf Grund von Verträgen gekauft sind, die vor dem 1. August 1931 abgeschlossen wurden, ist bis auf weiteres eine Genehmigung unbefristet zu erteilen.

Die Handelskammer darf Bescheinigungen für Devisenerwerb nur solchen Personen oder Personenvereinigungen erteilen, welche die Gewähr für die Einhaltung der Bedingungen bieten. Die Vergabe der Bescheinigung kann ohne Angabe von Gründen erfolgen. Die Bescheinigung ist zu entziehen, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie erteilt ist, nicht oder nicht mehr vorliegen. Jede Firma, die eine solche Genehmigung erhalten hat,

bis zum 6. jedes folgenden Monats eine Aufstellung über alle Geschäfte einzureichen, die sie im Rahmen dieser Bestimmungen vorgenommen hat.

# Gemeinden und Sparkassen

## Der Lebensnerv kommunaler Selbstverwaltung.

Die Kreditrennung von Sparkassen und Gemeinden.

Die durch Notverordnung angeordnete plötzliche Kreditrennung der Sparkassen von ihren Gewährsverbänden, den Gemeinden, hat den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, Veranlassung gegeben, namens der Städte bei dem Reichskanzler und bei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich scharfen Einspruch dagegen einzulegen, daß diese Notverordnung ohne jede Fühlungnahme mit den Gemeinden und zum Teil in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erlassen ist. Dr. Müller hat beantragt, die Ziffer 3 der Notverordnung alsbald wieder aufzuheben. In dem Schreiben des Städtetages heißt es, daß das Verbot des Kreditverkehrs zwischen Gemeinden und Sparkassen

den Lebensnerv der kommunalen Selbstverwaltung

träfe. Es werde völlig verkannt, daß die Sparkassen von jeher auf Grund von Gesetz und Statut zur gleichmäßigen Pflege von Realcredit und kommunalkredit bestimmt seien. Im Realcredit sind heute mehr als 50 Prozent der Sparkassenguthaben angelegt, im kommunalkredit, der nach dem Gesetz eine Zinssprache bis zu 25 Prozent zuläßt, im Durchschnitt gegenwärtig weniger als 17 Prozent. Die Gemeinden stehen im Rahmen der von ihnen in Anspruch genommenen Sparkassenguthaben zugleich in einem regelmäßigen Kontokorrentverkehr bei den Sparkassen hinsichtlich der für die eingehenden Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen. Dieser völlig ordnungsmäßige Verkehr wird

## „Wir wollen helfen!“

Volkshilfe für den Winter.

Die in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Spitzenverbände: Innere Mission, Caritasverband, Jüdische Wohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Künstler Wohlfahrtsverband und Christliche Arbeiterhilfe haben sich mit der Reichsregierung einig in der Überzeugung erklärt, daß der gesteigerten Not im kommenden Winter durch

ein umfassendes Hilfsnetz

Rechnung getragen werden muß. Es sind bereits jetzt Richtlinien für die Vorbereitung einer Volksammlung aufgestellt worden, die unter dem Namen „Volkshilfe“ und dem Motto „Wir wollen helfen“

Geld, Nahrungsmittel, Kleidungsstücke

usw. für die Notleidenden herbeischaffen soll. Die Durchführung des Sammelwerkes bleibt den Organisationen der Verbände in den Ländern und Provinzen überlassen; der Ertrag verbleibt grundsätzlich in dem sammelnden Bezirk. Die Geschäftsführung allgemeiner Natur übernimmt die Deutsche Liga in Verbindung mit den ihr angehörigen Spitzenverbänden. Art und Weise der Sammlung, die Verteilung der Spenden und Lebensmittel,

die Errichtung von Speisungen

usw. sollen so rechtzeitig vorbereitet werden, daß beim Eintritt des Winters die Hilfsmaßnahmen sofort geordnet einsetzen können. Nach den Erfahrungen im vergangenen Winter hat sich gezeigt, daß der Wille zum Geben in der Bevölkerung noch vorhanden ist und bei der inzwischen verschärften Notlage erst recht weiterhin vorhanden sein dürfte. Auch die selbst notleidende landwirtschaftliche Bevölkerung wird heute noch bereit sein, sich an den Sammlungen von Lebensmitteln in erheblichem Umfang zu beteiligen.

## Der Fall Devaheim.

Die Ermittlungen in Mülheim.

Der Sonderdeputat der Staatsanwaltschaft in der Devaheim-Deuzaa-Sache, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz, hat die Beschuldigten Pastor Müller, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Bundes in Mülheim, und Rechtsanwalt und Notar Dr. Brandes, den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, in Mülheim vernommen.

Dabei hat sich herausgestellt, daß Pastor Müller tatsächlich von den Unregelmäßigkeiten keinerlei Ahnung gehabt hat, ja man sogar annehmen kann, daß ihm die Vorgänge bei der Devaheim und Neuzug absichtlich von den Beteiligten verschwiegen worden sind. Pastor Müller hat auch bereits die Bücher der Baugenossenschaft bei einem Treuhänder sichergestellt.

Die Buchprüfungen seitens der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß auch in diesen Büchern verschleierte Konten vorhanden sind und daß über Privatkonten nicht unerhebliche Summen gegangen sind. Auch bei der Kreisparasse in Mülheim sind Konten entdeckt worden, die noch einer näheren Prüfung durch die Staatsanwaltschaft unterzogen werden müssen.

Gegen den Generaldirektor der Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes in Mülheim-Mülpen, Wilhelm Joppel, ist, wie vom Polizeipräsidenten Oberhausen mitgeteilt wurde, ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges eingeleitet worden. Joppel soll unter betrügerischen Versprechungen Mitglieder für den Bund gewonnen haben, die dann eine Gebühr von 500 Mark leisten und eine Summe in gleicher Höhe übernehmen mußten. Die eingegangenen Geldmittel will Joppel angeblich für sein Gehalt und für die Gehälter seiner eingeschobenen Verwandten verwandt haben.

## Ehrengrab für die Gefallenen der alten „Emden“.

Die „Emden“ auf der Fahrt zu den Cocosinseln.

Der deutsche Kreuzer „Emden“ ist nach einer Meldung aus Singapore von Batavia nach den Cocosinseln unterwegs, wo im Jahre 1914 die alte „Emden“ feierlich übergeben wurde. Der Hauptzweck des Besuchs besteht darin, die Leichen der Gefallenen der alten „Emden“ feierlich in einem Ehrengrab beizusetzen. Auf dieser Reise wird der Kreuzer „Emden“ von dem britischen Vermessungsschiff „Proquois“ begleitet, das die englische Regierung vertretet soll. Der jetzige Superintendent des Cocosinseln war es, der, als die „Emden“ bei der North-Keeling-Insel erschien, um die Funktion zu vernichten, die erste drahtlose Meldung über ihr Herannahen abgegeben hat. Darauf habe der australische Kreuzer „Sibney“ seinen Geleitzug verlassen und sei mit der „Emden“ ins Geleitzug gekommen, bei dem 230 Mann der „Emden“-Besatzung ihr Leben verloren.

## Kommunistische Demonstrationsversuche in Berlin.

Am Freitagabend brachte, wie aus Berlin gemeldet wird, die Polizei in Erfahrung, daß im Zentrum der Stadt kommunistische Störungsversuche geplant seien. Daraufhin wurden zwischen 18 und 19 Uhr die Leipziger Straße, die Friedrichstraße und sämtliche Nebenstraßen von einem starken Polizeiaufgebot abgeriegelt, so daß alle Kundgebungsversuche von etwa tausend Kommunisten, die aus Richtung Spittelmarkt vorzudringen versuchten, im Keime erstickt werden konnten. Immerhin gelang es, die Demonstration an der Ede Behren- und Friedrichstraße einen Personentransportwagen zum Umkippen zu bringen und bei fünf großen Geschäften in der Friedrichstraße Scheiben einzuwerfen, so bei den Schuhwarengeschäften Dorndorf und Salamander,

durch die Notverordnung zerschritten.

Die Gemeinden sind die Träger der Reichs- und Staatsgewalt in der örtlichen Instanz und müssen in dem Maße, ihre Zahlungen an Gehältern, Löhnen und Unterstützungen regelmäßig zu leisten. Auch vom Standpunkt der Sparrer aus wäre diese einschneidende Maßnahme nicht notwendig gewesen. Der Status der Sparkassen

ist völlig gesund.

Die Benachteiligung der Gemeinden gegenüber der privaten Wirtschaft durch Reichsbank und Reichsregierung erhält nach Ansicht der Städte einen besonders grotesken Ausdruck durch die Bestimmung, daß den Gemeinden zwar der Weg zu den Instituten, die sie selbst für den kommunalen Kredit ausdrücklich geschaffen hatten, abgeschnitten, gleichzeitig aber als selbstverständlich angesehen wird, daß die Gemeinden weiterhin wie bisher die volle Haftung dieser Institute tragen. Der sofort einberufene Vorstand des Städtetages wird zu dieser Lage Stellung nehmen; es unterliegt keinem Zweifel, daß er zu einschneidenden Beschlüssen kommen wird.

## Bürgschaft der badischen Regierung für die Sparkassen.

Die badische Regierung hat durch Notgesetz eine Bürgschaft im Höchstbetrage von 27 Millionen Mark für die badischen Sparkassen und ihre Girozentrale übernommen, die diesen einen Wechselkredit in gleicher Höhe bei der Akzept- und Garantbank in Berlin eröffnet. Die Sparkassen sind durch diesen Vertrauensbeweis der Regierung in die Lage versetzt, auch den weitgehenden Anforderungen nach Wiederaufnahme des uneingeschränkten Zahlungsverkehrs zu genügen.

beim Schokoladengeschäft Most und bei den Firmen Buhlmann und Felig. Verschiedene Personen wurden zwangs-gestellt.

## Frankreich für Stillhalte-Konfortium.

Die französischen Großbanken stimmen Luthers Vorschlägen „grundständig“ zu.

Die heutige Vollversammlung der französischen Großbanken ist, wie von bestunterrichteter Seite verlautet, einigermaßen günstig verlaufen, obgleich noch gewisse Vorbehalte bestehen. Die Versammlung hörte den Bericht des Vierer-Ausschusses an und erteilte den Vorschlägen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in Bezug auf die

Bildung des Stillhalte-Konfortiums ihre grundsätzliche Zustimmung.

Andererseits machen die französischen Bankkreise die Dauer der Wirksamkeit des Stillhalte-Konfortiums von Amerika abhängig und wollen nur drei Monate stillhalten, sofern sich die amerikanischen Banken nicht zu einer längeren Zeitspanne bereit finden lassen.

## Macdonald und Stimson angeln.

Wochenende fern von Politik.

Nach seiner Ankunft in dem von dem amerikanischen Staatssekretär Stimson gemieteten Jagdhaus „Shibecroft“, erklärte Macdonald, daß er dort lediglich ein paar Erholungstage verbringen wollte, um zu angeln oder spazierenzugehen und sich an der schönen Gegend zu erfreuen. Sie würden keine geschäftlichen Angelegenheiten irgendwelcher Art erörtern. Hierüber hätten sie sich ganz deutlich geeinigt.

Stimson gab keine weiteren Auskünfte, aber sein Sekretär sagte, daß Stimson und seine Frau zum erstenmal seit längerer Zeit einen Urlaub genossen und daß sie nichts anderes tun wollten, als sich zu erholen. Die Einladung an Macdonald sei als eine Art Dank für die Gastsfreundschaft anzusehen, die Stimson bei mehreren Gelegenheiten in der Amtswohnung des Ministerpräsidenten genossen habe.

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, ist erkrankt, und zwar an heftigen nervösen Darmbeschwerden. Man nimmt an, daß die anstrengende Tätigkeit der letzten Wochen den unmittelbaren Anlaß zu seiner Krankheit gebildet hat.

## Lokales und Provinzielles.

Halver, den 8. August 1931.

## Trinkt, o Augen...

Matthäus 20, 23: Herr, daß unsere Augen aufgetan werden!

Das Auge kann sich selbst nicht sehen und doch, wenn jetzt die Ärzte den Schleier heben und von draußen mit starkem Licht hereinstrahlen, sehe ich von tief innen her einen Teil des gläsernen Wunderbaus des Auges. Da stehen sie, ähnlich wie in der Hohlraum aneinandergesetzt glasklar und unendlich zart und fein, die kleinen Eimerchen, in die das Licht von draußen fließt und die es weiter füllen, immer weiter in die Tiefe hinein, das Licht, das so wundervoll ist, so wundervoll, wie man es erst weiß, wenn man es nicht mehr gehabt hat.

Das Licht, das so wunderbar ist, das Farben und Gestalten, das Kraft und Leben hineinträgt auf seinem goldenen Strom in Leib und Seele. Immer wieder grüßelt man, was es doch sein mag um dieses goldene, fließende Leben, und immer wieder kommt man von dem Grübeln zu dem dankbar frommen Hinnehmen: Trinkt, o Augen, was die Wimper hält, von dem goldnen Überfluß der Welt! und still fügt man hinzu: Laß mich trinken, du Giver von deinem goldenen Überfluß durch reine Augen in ein reines Herz.

## Wie wird das Wetter?

Das hochsommerliche Wetter der letzten Tage brachte uns in Norddeutschland wiederholt Temperaturen über 30 Grad Celsius. Selbst nachts blieben die Temperaturen verhältnismäßig hoch, so daß die Tagesdurchschnittswerte 7 bis 8 Grad Celsius über den Normalwerten lagen. Die verschiedenen Störungsgebiete brachten in Mitteldeutschland wohl vorübergehend stärkere Bewölkung, aber es kam zunächst nicht zu Niederschlägen. Im Westen freilich und in Süddeutschland sowie im südlichen Mitteldeutschland kam es bereits im Laufe des Dienstags zu örtlichen Gewittern und Regenfällen, die sich am Mittwoch und Donnerstag wiederholten. Besonders schwere Unwetter, die erheblichen Schaden anrichteten, werden aus Süddeutschland gemeldet. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag kam es auch in Sachsen zu stärkeren Niederschlägen. Nach der allgemeinen Wetterlage darf man damit rechnen, daß das umfangreiche Störungsgebiet über Mitteleuropa ziemlich schnell wieder verschwinden wird, so daß wie sehr bald mit einer Wiederkehr des hochsommerlichen Wetters rechnen dürfen.

## Ist Golddeckung nötig?

Wirtschaftliche Wochenschau.

Sofort nach Wiederherstellung des normalen Zahlungsverkehrs hat es sich gezeigt, daß die Befürchtung zurückgelehrt, und die Erkenntnis, daß ein Bank- oder Sparguthaben sicherer ist als die jeder Zufallstücke ausgegebene Aufbewahrung von Bargeld; ganz zu schweigen von dem Zinsverlust, der durch die mit der Krise eingetretene Zinssteigerung sich verdoppelt hat. Man hat eingesehen, daß die Angst vor einer „Inflation“ durchaus unbegründet war, und daß auch nicht der Schein einer Vermutung, daß eine solche beabsichtigt gewesen sein sollte, vorhanden war. Die Frage, inwieweit die von der Reichsbank ausgegebenen Noten durch Gold und Devisen gedeckt sein müßten, die sonst nur bei Finanzfachleuten eine Rolle spielt, ist in weiten Kreisen erörtert worden, und manche schiefse Auffassung ist dabei zutage getreten. Die Deckungsfrage muß gegenwärtig anders beurteilt werden als zu normalen Zeiten. In solchen hat die Deckungsvorschrift den Sinn, die Notenbank bei stark passiver Zahlungsbilanz und entsprechenden Gold- und Devisenverlusten zur Einschränkung ihres Geldumlaufs zu zwingen, um so auf dem Wege über Geldverknappung, Preisdruck und Zinserhöhung den Export zu erleichtern, den Import zu erschweren und mit der Aktivierung der Handelsbilanz neuen Devisenzufluß herbeizuführen. In Deutschland haben wir schon seit langem eine stark aktive Handelsbilanz, und der Gold- und Devisenverlust ist nicht das Ergebnis der laufenden Gestaltung unserer Wirtschaftsbilanz, sondern die Folge politischer Vertrauenserschütterung. In einem solchen Augenblick ist es ohne Bedenken, die Goldreserven anzugreifen, auch wenn dadurch die gesetzlich vorgeschriebene Deckungsquote unterschritten ist. Schließlich wird auch diese Reserve ebenso wie jede andere doch letzten Endes dazu gehalten, in Notzeiten angegriffen zu werden.

Geht die Reichsbank nunmehr zur Aufgabe des schematischen Deckungsprinzips über, so kann sie sich auch auf die Auffassung berufen, zu der sich das Goldkomitee des Völkerbundes in seinem Bericht vom Juni 1930 bekannt hat. Danach sind die Deckungsvorschriften der verschiedenen Notenbanken in weitem Umfang nicht das Ergebnis wirtschaftlicher Erwägungen, sondern der Tradition und Gewohnheit und entspringen der Furcht jedes Landes, daß ein Abweichen von der allgemeinen Übung das Vertrauen in seine Währung beeinträchtigen werde. Das Komitee ist der Auffassung, daß eine Herabsetzung der Mindestdeckung vorgenommen werden könnte, ohne irgendwie die allgemeine Kreditstruktur zu schwächen. Dies wird besonders für die Reichsbank gelten, der das unter dem Einfluß der Dawes-Sachverständigen entstandene Bankgesetz von 1924 eine Mindestdeckung von 40 Prozent gegenüber nur 33 1/2 Prozent in der Vorkriegszeit vorschreibt. Wir werden uns also für die nächste Zeit daran gewöhnen müssen, in Ruhe eine knappere Deckung der Reichsbanknoten hinzunehmen, ohne daran ungerechtfertigte Währungsbedenken zu knüpfen.

Das große Problem für Deutschland war, das Vertrauen aufrechtzuerhalten und damit fortgesetzte Kreditabziehungen abzuwehren. Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik mußte also in erster Linie das Wiederherstellen des Vertrauens sein. Gegenüber dem Ausland hätte das nur geschehen können, so führte der bekannte schwedische Finanzwissenschaftler Professor Cassel in einem Vortrag aus, wenn die Reichsbank sich bereit erklärt hätte, alle Ansprüche an sie an ausländischen Devisen unbedingt zu erfüllen. Da aber die Außenwelt die Vorstellung bekam, daß die Reichsbank eine 40prozentige Deckung für ihre Verpflichtungen als notwendig betrachte, und die Reichsbank also höchstens etwa eine Milliarde in Gold und Devisen abgeben konnte, so wurde die natürliche Folge, daß die Reichsbank eben diese Milliarde verlor, ohne das geringste für die Aufrechterhaltung des Vertrauens geleistet zu haben. Auch dem Ausland gegenüber hätte sich die Reichsbank nach Auffassung Professor Cassels bereiterklären sollen, allen Ansprüchen entgegenzukommen, nur wäre dann ein sehr hoher Diskontsatz erforderlich gewesen. Hätte man eine Diskonterhöhung frühzeitig genug unternommen, so hätte man sich sicher mit einem Prozent monatlich helfen können. Wenn das Publikum weiß, daß es Geld bekommen kann, so will es zu solchen Sätzen kein Geld aufnehmen, das beweisen schon die Erfahrungen nach der Wiederaufnahme der Barzahlungen.

## Landesversicherung Westfalen im Jahre 1930.

Münster. Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hat mit Ablauf des Jahres 1930 ihr 40. Geschäftsjahr beendet. In diesen 40 Jahren sind rund 244 000 Versicherter, rund 40 000 Witwen und rund 47 000 Waisen Renten bewilligt worden. Von diesen Renten waren am 1. 1. 1931 noch vorhanden: 90 108 Invalidenrenten, 30 529 Witwenrenten und 24 506 Waisenrenten mit 37 589 Waisen. Gegenüber dem Stande vom 1. 1. 1930 ist wiederum wie in den letzten Jahren eine beträchtliche Erhöhung zu verzeichnen. Es mußten nämlich im Jahre 1930 13 050 Invalidenrenten, 8913 Witwenrenten und 1828 Waisenrenten, zusammen also 23 791 Renten neu bewilligt werden, während 6087 Invalidenrenten, 1536 Witwenrenten und 3274 Waisenrenten fortfielen, so daß ein Zugang von 12 894 Renten zu verzeichnen ist. Der durchschnittliche Jahresbetrag für die neu bewilligten Invalidenrenten für Männer belief sich auf 525,52 RM, für Frauen auf 322,70 RM, für Witwen auf 234,36 RM, für Waisen auf 219,30 RM. Der Gesamtjahresbetrag aller neu bewilligten Renten ist 9 130 204,80 RM, davon entfallen auf den Regierungsbezirk Münster 5489 Renten mit 1 945 733,40 RM, auf den Reg.-Bezirk Minden 5292 Renten mit 1 709 550,80 RM, auf den Reg.-Bezirk Arnsberg 14 239 Renten mit 5 389 764,20 RM.

Insgesamt wurden im Jahre 1930 von der Post auf Anweisung der Landesversicherungsanstalt Westfalen 60 368 000 RM an Renten einschließlich Reichszuschuß und Reichsbeitrag ausgezahlt; davon hatte die Landesversicherungsanstalt Westfalen endgültig 53 795 000 RM zu tragen gegenüber 45 384 000 RM im Jahre 1929. Der Rentenbelastung von 53 794 000 RM steht eine Beitragseinnahme von 58 247 000 RM gegenüber (1929: 64,25 Mill. RM). Die Gründe des Rückgangs der Beitragseinnahmen — Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnsenkung — sind so bekannt, daß in diesem Zusammenhang nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Es sei nur bemerkt, daß 1930 etwa 3,2 Millionen Wochenbeiträge weniger entrichtet worden sind als 1929 (40 859 695 gegen 44 196 942). Trotz des Rückgangs der Beitragseinnahmen konnten die freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt West-

# Änderung der Pressenotverordnung

## Proteste gegen die Preußenregierung.

Die amtliche Kundgebung zum Volksentscheid.

Die Kundgebung, die die preußische Staatsregierung auf Grund der Pressenotverordnung den Blättern zum Volksentscheid hat zugehen lassen, hat in der politischen Öffentlichkeit das stärkste Echo und starken Widerspruch geweckt. Beim Reichspräsidenten, der nach der Reichsverfassung die Notverordnung unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des zuständigen Reichsministers zu erlassen hat, sind zahlreiche Proteste gegen die Handhabung der Notverordnung durch die preußische Staatsregierung eingegangen. Der Reichspräsident hat daraufhin veranlaßt, daß die Pressenotverordnung sofort geändert werden soll. Amlich wird hierzu mitgeteilt:

Der Reichspräsident läßt auf die ihm zugegangenen zahlreichen telegraphischen Anfragen mitteilen, daß die Anordnung der Veröffentlichung der gefügten Kundgebung der preußischen Staatsregierung ihm Veranlassung gegeben hat, die Reichsregierung um Vorschläge zur Änderung der Verordnung vom 17. Juli 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu ersuchen. Die Reichsregierung wird unverzüglich solche Vorschläge dem Reichspräsidenten unterbreiten.

Wie weiter gemeldet wird, dürfte die Abänderung der letzten Pressenotverordnung noch einige Tage auf sich warten lassen. Die Reichsregierung wird in dieser Angelegenheit zunächst Besprechungen mit den zuständigen Presseverbänden haben. Eine Entscheidung über die Gestaltung der Abänderungen wird voraussichtlich am Montag nach der Rückkehr des Reichskanzlers fallen.

## Die Beschwerde des Stahlhelms.

Das Bundesamt des Stahlhelm hat in Verfolg der Kundgebung der preußischen Staatsregierung gegen den Volksentscheid, die als Auflagenachrichti sämtlichen preußischen Zeitungen zuging, an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es darauf hinweist, daß diese Kundgebung seiner Ansicht nach unter unberechtigter Berufung auf die Notverordnung ergeht, und in dem es den Reichspräsidenten bittet, dieses Verfahren abzustellen und zu verhindern, daß preußische Blätter das Gegenteil von dem zu veröffentlichen gezwungen sind, was sie als Wahrheit und Recht erkannt haben.

Am Tage vorher hat der Stahlhelm an den Reichskanzler kurz vor dessen Abreise nach Rom ein Schreiben gerichtet, in dem er über Verhinderung des Volksentscheids Beschwerde erhebt und erklärt, daß der Stahlhelm sich vorbehalte, bei weiterer Verhinderung des Volksentscheids das Ergebnis der Abstimmung anzusehen.

## Die Volkspartei protestiert.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem er den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, die Reichsregierung möge noch in letzter Stunde alles unternehmen, um den Abbruch der Auflage — Kundgebung der preußischen Regierung gegen den Volksentscheid zu verhindern. Dingeldey ist in seiner Ausdrucksweise sehr scharf geworden. Das Telegramm schließt: „Sonst ist zu befürchten, daß das preußische Vorgehen die Stärkung radikaler Tendenzen im Lande und eine neue Erregung der Bevölkerung zur Folge hat. Bitte, die Reichsregierung bisher unterstützt haben, werden durch die von Preußen geübte Anwendung der Notverordnung in eine Oppositionsstellung gedrängt, die schwere Gefahren in sich schließt.“

Ein ähnlich lautendes Telegramm hat Dingeldey an das Bureau des Reichspräsidenten, z. B. des Staatssekretärs Meißner, gerichtet.

## Die Bedrohung der Pressefreiheit.

Echo auf die Kundgebung der Preußenregierung.

Die Kundgebung der preußischen Regierung zum Volksentscheid haben am Freitag alle Blätter veröffentlicht. Eine Stellungnahme dazu ist meistens unterblieben, weil man wohl annahm, daß eine Erwiderung in der gleichen Nummer nicht erlaubt sei. Einige Berliner Blätter veröffentlichten jedoch die Kundgebung gleichzeitig mit einer sehr scharfen Kritik daran. Die Blätter, die der preußischen Regierung nabestehen, drücken die Kundgebung ohne jede Stellungnahme über die Zweckmäßigkeit des Schrittes ab. Der Vorwärts bringt gleichzeitig eine Art amtliche Begründung der Maßnahme, in der es heißt, daß von einer Bedrohung der Pressefreiheit in diesem Falle keine Rede sein könne. Erst in den Abendausgaben nahm auch die Presse der Linken und des Zentrums Stellung.

Die Blätter der Rechten üben an der Kundgebung zum Teil sehr scharfe Kritik, soweit dies mit Rücksicht auf die Pressenotverordnung möglich ist. Der Berliner Sozial-Anzeiger beginnt seine Stellungnahme so:

„Seitdem es so etwas wie eine Zeitung gibt, hat noch niemals eine Regierung die Macht in Anspruch genommen und in Anspruch nehmen können, die oppositionelle Presse zu zwingen, in einer Weise, die völlig gegen ihre Überzeugung geht, für die Politik eines von ihr bekämpften Ministeriums in vorgeschriebener Aufmachung Propaganda zu machen. Die Pressenotverordnung vom 31. Juli gibt zum ersten Male einer Regierung diese Macht. Die preußische Regierung Braun-Severing macht zum ersten Male von dieser Macht Gebrauch.“

Die agrarische Deutsche Tageszeitung nimmt Punkt für Punkt der Kundgebung vor und sagt dabei u. a.: „Gewissenlos sei es, behauptet die Kundgebung, der preußischen Staatsregierung die Schuld an dem schweren wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das jetzt über das deutsche Volk herabgebrochen ist. Diese preußische Staatsregierung mag mit Menschen- und mit Engelszungen reden und jeden Tag Zeitungspapier, das sie nicht bezahlt, mit Kundgebungen beschriften: sie wird in weitesten Teilen des deutschen Volkes

nicht die Überzeugung erfinden, daß sie als Hauptbottleneck des Sozialismus in Deutschland auf vielfältige Art die Mitschuld trägt an der Abwärtsentwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Situation.“

Sehr scharf ist die Kritik in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die, wie bekannt, Kreisen der Reichsregierung sehr nahe steht. Das Blatt ist vor allem darüber entrüstet, daß die Kundgebung auch von den Zentrumsministern unterschrieben ist, die sich damit gegen die Volkspartei und gegen die Rechtsgruppen wenden, die im Reich die Politik Brüning unterstützen. Das Blatt bezeichnet die Kundgebung als schwere Beleidigung dieser Parteien, und fordert den Rücktritt der Zentrumsminister in Preußen. Es beginnt seine Kritik mit folgenden Sätzen:

„Nur mit Entrüstung und Empörung kann man den Inhalt dieser Kundgebung zur Kenntnis nehmen. Die Antwort darauf muß sein, daß jeder verantwortungsbewußte und staatspolitisch eingestellte Stimmberechtigte am Sonntag zur Wahlurne geht, sich am Volksentscheid beteiligt, mit „Ja“ stimmt, und damit für die Auflösung des Preussischen Landtags eintritt. Es ist unerhört, daß sich unter dieser Kundgebung der preußischen Staatsregierung auch Namen der Minister befinden, die der Zentrumspartei angehören.“

In der Presse der Linken und des Zentrums ist man über die Kundgebung nicht weniger als erfreut. Nur der Vorwärts setzt sich für Braun ein, die Germania, das Zentrumsbild, sagt:

„Wir halten uns verpflichtet, schon jetzt zu sagen, daß die preußische Staatsregierung bei ihrem Schritt nicht gut beraten war, und daß der Kampf um Preußen dadurch kompliziert worden ist. Niemand kann sich darüber im Zweifel sein, daß die Telegramme Dingeldeys auch noch andere ernste politische Verwundungen andeuten.“

Und die demokratische Volksische Zeitung schreibt: „Wir fürchten, die preußische Regierung hat gestern einen Bumerang abgeschleudert. Wir hoffen, daß er nicht auf sie zurückfällt. Und damit künftig niemand in die Gefahr komme, zum Bumerang zu greifen, darum fordern wir, daß bei der vom Reichspräsidenten in die Wege geleiteten Abänderung der Pressenotverordnung diese Rechte fallen.“

Auch außerhalb Preußens hat das Vorgehen der preußischen Regierung das größte Aufsehen erregt. Die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Presse ersucht in einem Telegramm an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse in Berlin, sich dafür einzusetzen, daß die Pressenotverordnung, auf die sich die preußische Regierung bei ihrem Vorgehen gestützt hat, schleunigst aufgehoben wird.

## Eine Erwiderung auf die Kundgebung.

Die am preußischen Volksentscheid beteiligten rechtsstehenden Parteien und Organisationen veröffentlichten eine Erklärung gegen die Kundgebung der preußischen Regierung, in der es heißt:

„Sämtliche Zeitungen in Preußen sind unter Berufung auf die Pressenotverordnung des Reichspräsidenten gezwungen worden, eine Kundgebung der preußischen Regierung gegen den Volksentscheid zu veröffentlichen. Eine sachliche Erwiderung auf die Kundgebung erübrigt sich in diesem Augenblick der Entscheidung. Wir sind überzeugt davon, daß nicht nur unsere bisherigen Anhänger in Stadt und Land, durch derartige Kundgebungen nicht wandend gemacht werden, sondern daß darüber hinaus alle wirklich freiheitlich denkenden Männer und Frauen auf diese Kundgebung die einzig mögliche Antwort geben und mit „Ja“ stimmen.“

## Ein Aufruf Hitlers.

Der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler richtet an seine Anhänger in Preußen eine Kundgebung, in der er sie auffordert, beim Volksentscheid am Sonntag mit „Ja“ zu stimmen, um die Auflösung des Preussischen Landtags herbeizuführen.

## Die Aussichten des Volksentscheids.

Die preußische Verfassung gibt dem preußischen Volk das Recht, direkt in einer Volksabstimmung sich darüber zu entscheiden, ob der Landtag aufgelöst werden soll oder nicht. Erklären sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten für Auflösung, dann ist das Schicksal des Landtags entschieden. Die Väter der Verfassung haben bei der Einführung dieser Bestimmung an die Möglichkeit gedacht, daß die Volksabstimmung sich innerhalb kurzer Zeit so ändern, daß der Landtag nicht mehr als Spiegelbild der Volksmeinung angeprochen werden kann. In diesem Fall soll der Volksentscheid die Korrektur ermöglichen. Der letzte Preussische Landtag, der jetzt noch die Geschichte des Landes bestimmt, ist am 20. Mai 1928 gewählt worden. Damals erhielten die jetzt in Preußen regierenden Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei 9 175 000 Stimmen, alle Parteien rechts vom Zentrum bekamen 6 744 000 Stimmen, die Kommunisten 2 237 000 Stimmen.

Die Mehrheit der Regierungsparteien war also von Anfang an sehr gering, und die Regierung mußte auf nicht ganz sicheren Boden. In welcher Richtung sich die Volksabstimmung seit dem Jahre 1928 entwickelt hat, zeigten die letzten Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Die an der preußischen Regierung beteiligten Parteien erhielten damals zusammen 8 395 000 Stimmen, die Oppositionsparteien einschließlich Kommunisten über 12 Millionen Stimmen, mit anderen Worten die preußische Regierung war eigentlich in die Minderheit geraten.

Soll nun der Volksentscheid Erfolg haben, so müssen rund 13 400 000 „Ja“-Stimmen abgegeben werden. Es müßte also den Befürwortern des Volksentscheids nicht nur gelingen, alle Anhänger die bei den letzten Reichstagswahlen für sie gestimmt haben auch jetzt zur Abgabe einer „Ja“-Stimme zu bewegen, sie müßten außerdem noch einen Zuwachs von mehreren hunderttausend Stimmen bekommen. Die Gegner des Volksentscheids glauben nicht daran, daß die erforderliche Zahl zusammenkommt, andererseits wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß man angesichts der Ereignisse der letzten Wochen auch mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die erforderliche Stimmenzahl erreicht wird. Es kann leicht möglich sein, daß die Notverordnungspolitik der Reichsregierung sich beim Volksentscheid auswirkt.

Mit diesem Betrage dürfte 1930 die Errichtung von insgesamt 1425 Wohnungen innerhalb der Provinz Westfalen mit Hilfe der Landesversicherungsanstalt Westfalen gefördert worden sein. Unter Einfluß der im Jahre 1930 gegebenen Summe hat die Landesversicherungsanstalt Westfalen seit Festigung der Währung 27,6 Mill. RM zur Förderung des Kleinwohnungsbaues als Darlehen bereitgestellt. Neben der Unterstützung der Wohnungsbauten wurden im Jahre 1930 zur Förderung von Bauborhaben gemeinnütziger Einrichtungen (Krankenhäuser pp.) 878 000 RM als Darlehen ausgeliehen.

## Berlin Olympiastadt 1936.

Das genaue Abstimmungsergebnis des Olympischen Ausschusses über den Ort der nächsten Spiele liegt jetzt vor. Berlin erhielt 43 Stimmen, Barcelona hingegen nur 16. Acht Nationen enthielten sich ihrer Stimme. Deutschland wird auch die Winterspiele durchführen.

fallen erfreulicherweise noch in dem beabsichtigten Rahmen durchgeführt werden. Während im Jahre 1929 33 200 Anträge auf Heilverfahren gestellt wurden, gingen 1930 33 315 Anträge ein. 20 200 Kuren (im Vorjahre 20 923) wurden durchgeführt. Die Kosten der durchgeführten Kuren betrugen 1930: 5 352 000 RM (1929: 5 400 000 RM). In dem gleichen Umfang wie in den Vorjahren gestaltete sich auch die Heilfürsorge für Tuberkulose. 3171 (1929: 3800) lungentranke Erwachsene und 5560 (1929: 5766) tuberkulosekranke oder gefährdeten Kindern konnte ein Heilverfahren gewährt werden. Auch die während des Krieges aufgenommene Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde 1930 unverändert durchgeführt. 10 028 (1929: 10 527) Geschlechtskranke wurden von den Beratungsstellen in Fürsorge genommen; behandelt wurden auf Kosten der Landesversicherungsanstalt und der Krankenkassen 6342 (1929: 6521) männliche und 2407 (1929: 2426) weibliche Versicherte, ferner 1038 (1929: 1040) männliche und 2242 (1929: 2230) weibliche Nichtversicherte.

1930 konnten als Baudarlehen für Zwecke des Kleinwohnungsbaues noch 4,5 Mill. RM bewilligt werden.

Die Stimmabgabe beim Stahlhelm-Vollentscheid. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, den Kreis des mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, den Kreis des mit „Nein“ bezeichneten Kreises auf dem amtlichen Stimmzettel durchkreuzt. Der Stimmzettel darf nur in einem amtlich abgestempelten Umschlag, der ebenfalls im Abstimmungsraum ausgehändigt wird, dem Abstimmungsvorsteher übergeben werden. Das Antreten des Stimmzettels und das Hineinlegen in den Umschlag muß unbedingt erfolgen; jeder Teilnehmer an der Abstimmung muß sich deshalb in eine der im Abstimmungsraum aufgestellten Wahlzellen begeben. Der Abstimmungsvorsteher darf niemand zur Abstimmung zulassen, der seinen Stimmzettel nicht in der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat. Die Stimmberechtigten nehmen im Abstimmungsraum nach der Zeitfolge ihres Eintreffens hintereinander Aufstellung und rücken allmählich zu den Wahlzellen heran. Es wird empfohlen, das Stimmrecht, soweit möglich, bereits am Vormittag auszuüben.

**Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld**  
für die Zeit vom 15. 7. — 31. 7. 1931.  
Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld war auch in der zweiten Julihälfte schlecht und zeigte keinerlei Anzeichen zur Besserung. Die Arbeitslosigkeit nahm ebenso wie die Stilllegungen weiter zu:  
Gehählt wurden am 31. 7. 1931:  
Hauptunterstützungsempfänger 2745 (2623)  
in der Arbeitslosenversicherung 2405 (2223)  
in der Krisenfürsorge 73 (95)  
Notstandsarbeiter 2091 (2199)  
Arbeitsuchende ohne Unterstützung einschl. Wohlfahrtserverswerbslose 7314 (7140)

| Diese verteilen sich wie folgt: |                               |     |                                |    |                               |      |
|---------------------------------|-------------------------------|-----|--------------------------------|----|-------------------------------|------|
|                                 | Hauptunter-<br>stützungsempf. |     | Arbeitsuchende<br>ohne Unterf. |    |                               |      |
|                                 | Arbeitsl.-Krisen-<br>Unterf.  |     | Unterf.                        |    | einschl. der<br>Wohlfahrts-G. | Zus. |
|                                 | m.                            | w.  | m.                             | w. |                               |      |
| Lüdenscheid Stadt               | 610                           | 159 | 492                            | 11 | 647                           | 1919 |
| Lüdenscheid Amt                 | 231                           | 33  | 159                            | 1  | 258                           | 682  |
| einschl. Gemeinde Hülscheid     |                               |     |                                |    |                               |      |
| Halver Amt                      | 221                           | 22  | 144                            | 2  | 133                           | 522  |
| Kierspe Amt                     | 112                           | 30  | 98                             | 2  | 80                            | 322  |
| Meinerzhagen Amt                | 37                            | 7   | 72                             | —  | 43                            | 159  |
| Altena Stadt                    | 478                           | 53  | 549                            | 5  | 321                           | 1406 |
| Werdohl Amt                     | 233                           | 21  | 401                            | 1  | 205                           | 861  |
| Neuenrade Amt                   | 74                            | 7   | 86                             | —  | 60                            | 227  |
| Plettenberg Stadt               | 160                           | 9   | 152                            | —  | 197                           | 518  |
| Plettenberg Amt                 | 205                           | 9   | 130                            | —  | 157                           | 501  |
| Herscheid Amt                   | 33                            | 1   | 100                            | —  | 63                            | 197  |
| zusammen                        | 2394                          | 351 | 2383                           | 22 | 2164                          | 7314 |

—\* Wie wird das Erntewetter ausfallen? Das ist zur Zeit die große Frage aller Landwirte, die ihren goldenen Körnersegen unter möglichst günstigen Umständen in die Scheuern bringen möchten. Leider ist der Juli erwiesenermaßen ein ärgerer Schelm als der April. Eine Bauernregel lautet: „Was Juli und August im Kochen nicht taten, das läßt auch der September ungetrübten.“ Nun hoffen wir, daß der Monat, in den die Hundstage fallen, auch mit Hundstagen zum mindesten Trockenheit während der Ernte gesegnet ist.

## Halver

—( Zur Vorbereitung des Posaunenchor-Jubiläums findet am Sonntag, 23. August, eine Generalprobe im Gasthaus Riggeloh in Brügge statt. Dort werden die gemeinsamen Chöre durchgespielt werden. Die Feier des Jubiläums findet am 6. September statt. Der Chor hatte die Hoffnung gehabt, seinen Gründer, Herrn Pastor Meyer aus Dortmund, als Festprediger zu gewinnen. Leider ist Herr Pastor Meyer um die Zeit beurlaubt. Inzwischen ist es dem Chor gelungen, von Herrn Pastor Koch aus Soest die Zusage für seinen Festtag zu erhalten. Pastor Koch ist von den Soester Kantatefeiern als Förderer und Kenner kirchlicher Musik bestens bekannt.

—\* Achtung Hülloch. Manchem Halveraner ist das Hülloch noch ein unbekannter Begriff, den meisten jedoch weckt dieses Wort Erinnerungen an die Jahre der Schulzeit, die nun schon 50 Jahre und noch mehr zurückliegt. — Was würden uns die Gesteine, wenn sie reden könnten, wohl erzählen? Sie würden bestimmt manches erschütternde Zeugnis von Deutschlands Zerfall im 30-jährigen Kriege ablegen können. Sie würden aber viel lieber von Deutschlands Glanzzeit berichten. Manches Gebet wird schon emporgedrungen sein, und manche Freudenträne ist dort schon geflossen. — Die Gesteine würden uns aber auch von Leuten erzählen, die die schönsten Tropfsteinhöhlen abbrechen, bis dem Besitzer dieses Leid wurde und er die Höhle verschüttete. — Aber es gab auch noch Leute, die den Halveranern dieses Fleckchen wieder zugänglich machen wollten, und es in vorbildlicher Weise getan haben. In monatelanger harter Arbeit in freien Stunden hat die Junggefolgschaft und Wanderabtlg. des F. D. D. Halver bewiesen, daß man durch Einigkeit zum Ziele kommt. Man beabsichtigt sogar, nachdem bereits Sitzgelegenheit vorhanden ist, elektr. Licht in die Höhle zu leiten. — Alles in allem, die vorbildliche Arbeit verdient vollste Anerkennung. Niemand sollte sich scheuen, am kommenden Sonntag, den 9. 8., einen Spaziergang zum Hülloch zu machen. Daselbst ist ab 2 Uhr geöffnet. — Haupt- und Nebengänge lassen bestimmt 1500 Menschen. Es braucht also niemand Angst vor polizeilicher Schließung zu haben. — Der bezaubernde Eindruck den die herrlichen Gebilde hervorrufen, wird lange noch bestehen bleiben.

## Schalksmühle

—\* Amtliche Verkaufsstellen für Postwertzeichen sind neu eingerichtet worden bei: Schulz, Kaffeehaus, Halverstraße; Groß, Zigarrengeschäft, Bahnhofstr.; Potthoff, Gasthaus, Halver.

## Rönsahl

—c Sein 79. Lebensjahr vollendet am Sonntag, dem 9. August der Uhrmachermeister Ewald Bachhaus, hier selbst, und geht derselbe noch immer seiner ihm lieb gewordenen Beschäftigung als Uhrmacher nach. Am 27. Febr. d. J. war es Herrn Bachhaus vergönnt, mit seiner Gemahlin das seltene Fest der goldenen Hochzeit zu begehen. Unserm Geburtstagskinde, welches sich noch einer geistigen und körperlichen Frische erfreut, entbieten wir an dieser Stelle die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Neuenrade. Kraftverkehr Markt-Sauerland. Am 8. August d. J. wird auf der neuerbauten Kreisstraße Neuenrade-Chrenthal-Dahle eine Kraftverkehrslinie eingerichtet und in Betrieb genommen. Die Kraftwagen verkehren täglich von Neuenrade Postamt ab 10,55, 14,50 und 19,04 Uhr und von Dahle ab 11,20, 15,20 und 19,25 Uhr. Außerdem an Sonn- und Feiertagen bei günstiger

Witterung von Neuenrade Postamt ab 15,35, 17,26 und 19,54 Uhr und von Dahle ab 16,20, 17,50 und 20,18 Uhr. In Neuenrade haben die Wagen Anschluß an die Omnibusverbindung nach Wertholz und in Dahle an die Straßenbahnverbindung nach Altena und Westig bzw. Herfloh.

Münster. Die bauliche Entwicklung der Universität Münster konnte mit der ständig wachsenden Zahl der Studierenden nicht Schritt halten. Alle Institute klagen seit Jahren über Raumnot. Die üblen Zustände bei der zahnärztlichen Klinik hat man im Vorjahre durch Ausbau eines Hörsaales behoben. — Jetzt geht man daran, auch die Raumnot des Chemischen Institutes im Rahmen der finanziellen Möglichkeit zu beseitigen. Nach den Plänen des preussischen Hochbauamtes wird das alte Gebäude umgebaut und dazu ein Neubau mit einem neuen großen Hörsaal nebst Nebenräumen errichtet.

Kindlar. 48 Menschen nach dem Genuß von Kartoffelsalat erkrankt. Etwa 50 Kinder eines Kölner Krüppelheims unternahmen unter der Leitung von Schwester eine Autobusfahrt ins Oberbergische. In Scheel bei Kindlar wurde zu Mittag gegessen. Das Essen bestand aus Kartoffelsalat, den die Schwestern aus dem Heim mitgenommen hatten. Bald nach dem Essen erkrankten sämtliche Fahrteilnehmer bis auf zwei Kinder unter Vergiftungserscheinungen. Ein Arzt aus Kindlar und Mitglieder der Sanitätskolonne Frielingsdorf leisteten die erste Hilfe. Die Kranken wurden dann zum Teil in die Krankenhäuser zu Kindlar und Engelskirchen, zum Teil nach Köln gebracht. Sie befinden sich jetzt aber sämtlich auf dem Wege der Besserung. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

pn Düsseldorf. Wieder ein Hansmannprozeß vertagt. Vor dem Düsseldorfer Amtsgericht stand gestern vormittag ein Termin in der Beleidigungssache des Stahlhelmführers, Studienrat Mahnen, Hagen, gegen den Redakteur Buchholz der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“ an. Der erste Termin in dieser Sache war am 20. Juli vertagt worden, weil weder der Angeklagte noch der als Zeuge geladene Landrat z. D. Hansmann erschienen waren. Der gestrige Termin wurde wiederum vertagt. Die Zeugen waren diesmal vollständig erschienen, auch Landrat Hansmann, ferner war der für die sozialdemokratische Zeitung verantwortliche zeichnende Redakteur Schulz anwesend, jedoch fehlte der Beklagte B. Er hatte vor einigen Tagen Aussetzung des Termins bis zur Entscheidung des ebenfalls vor einigen Tagen vertagten Prozesses gegen den Referendar Dr. Gisevius, Düsseldorf, beantragt. Dieser letzte Prozeß war von Amtswegen erfolgt wegen Beleidigung des Landrats Hansmann, mußte jedoch vertagt werden, weil die Zeugen des als Nebenkläger auftretenden Landrats Hansmann nicht rechtzeitig geladen worden waren. Da der Antrag des gestrigen Beklagten B. auf Aussetzung des Termins abgelehnt worden war, ließ er durch seinen Verteidiger erklären, daß er wegen Gewissensbedenken nicht zu dem Termin erscheinen könne. Ein daraufhin erlassener Vorführungsbefehl konnte nicht vollstreckt werden, weil der Beklagte nach Aussage seiner Gattin auf unbestimmte Zeit verreist ist. Das Gericht beschränkte sich in dem gestrigen Termin auf Mitteilung dieses Sachverhaltes und auf die Erklärung, daß der Termin erneut vertagt werde. Ueber einen von der Gegenseite beantragten Vorführungsbefehl soll noch Beschluß gefaßt werden.

Westerfede. Die Windmühlen verschwinden. Unser Kreis, einst reich an Windmühlen, die den Landschaftsbild ihr charakteristisches Gepräge gaben, hat wieder eine der alten holländischen Windmühlen eingebüßt. In Elmendorf stürzte die gesamte Galerie der Windmühle ein. Die Dächer der angrenzenden Häuser wurden nur leicht beschädigt. Die Mühle wird durch einen Motor weitergeführt werden. In den letzten Jahren sind im Amtsbezirk Westerfede nicht weniger als 18 Windmühlen abgebrochen.

Goslar. Jägerzusammenkunft abgesagt. Die für September hier geplante Zusammenkunft und Wiedersehensfeier der Vereinigung ehemaliger Goslarer Jäger ist wegen der wirtschaftlichen Notzeit für dieses Jahr abgesagt.

Nelken. Ein Traum wird Wahrheit. Die Witwe Claus aus Ebbsfort erzählte ihren Nachbarn, sie habe geträumt, daß sie einen schweren Unfall erleiden würde. Als sie bald darauf mit ihrem Fahrrad unterwegs war, fuhr sie in ihrer durch den Traum verursachten Erregung vor einen Kraftwagen, der nicht mehr rechtzeitig stoppen konnte. Die Frau wurde überfahren und war sofort tot.

Über 1000 Opfer der Jangseeflüssschwemmungen. Nach Meldungen aus Santau soll die Zahl der bei den ungeheuren Überschwemmungen des Jangseeflusses in China ertrunkenen Personen mehr als 1000 betragen. In Santau selbst sind über 50 000 Menschen obdachlos geworden. Die Fluten sind noch im Steigen begriffen. Einzelne Teile der Stadt stehen bis zu sieben Metern unter Wasser. Infolge der Hitze, die plötzlich einsetzte, befürchtet man den Ausbruch von Epidemien.

## Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)  
— Halver, den 8. August 1931.

Zur Kundgebung der preussischen Staatsregierung! Ein Sturm der Entrüstung geht durch das preussische Land. Unter Ausnutzung der in ganz anderem Sinne erlassenen Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg hat die preussische Staatsregierung unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun den Zeitungen befohlen, an erster Stelle in großer Aufmachung einen Aufruf gegen den Vollentscheid aufzunehmen.

Preussische Männer! Preussische Frauen! Das wagt man Euch zu bieten! Solches geschieht in einer Republik, deren Vorzüge man uns bei allem Elend nicht genug rühmen kann. Das nennt man Auslegung der „demokratischen“ Verfassung. So bekämpft man kostenlos mit staatlichen Mitteln, die keine Stütze im Gesetz finden, die freie Willensäußerung verantwortungsbewußter Staatsbürger. Und was soll man dazu sagen, daß in dieser Kundgebung wiederholt unser reines Wollen in einem Atem genannt wird mit den Zielen der Kommunisten und Bolschewisten?

Solches Vorgehen ist in der Geschichte ohne Beispiel. Wer nun noch nicht weiß, wohin die Fahrt geht, dem ist nicht zu helfen.

Preussische Männer und Frauen! Das „Ja“ zum Vollentscheid ist die einzige richtige Antwort auf dieses Vorgehen.

Der preussische Landtag, die längst schon morsche Stütze dieser Herrschaft, muß aufgelöst werden.

Der Stahlhelm. B. d. J.

## Überladene Lastautos.

Kontrollwiegungen von Lastkraftwagen.

Durch die neuen Bestimmungen über Lastkraftwagen ist bekanntlich auch ein Höchstgewicht und ein Höchstladegewicht festgesetzt. Seitens der Wegeunterhaltungspflichtigen werden immer wieder Klagen darüber geführt, daß diese Höchstgewichte überschritten und dadurch die Straßen über Gebühr abgenutzt würden. Infolgedessen sind polizeiliche Kontrollwiegungen der Lastkraftfahrzeuge vorgeesehen, insbesondere ist in Preußen in nächster Zeit mit der Vornahme derartiger Kontrollen zu rechnen. Nach den Bestimmungen muß jeder Kraftwagen auf Verlangen des zuständigen Polizeibeamten zur nächstamtlichen Waage fahren und sich dort einer Nachwiegung unterziehen, wenn diese Waage nicht mehr als drei Fahrkilometer von der Stelle, an der der Beamte das Nachwiegen verlangt, entfernt ist. Da aber derartige amtliche Waagen nicht überall in dieser Nähe vorhanden sind und häufig der Verdacht des Übergewichts besteht, sind die Polizeibeamten zum Teil mit sogenannten Achs- und Raddruckmessern versehen, die ein Nachwiegen an Ort und Stelle ermöglichen.

Die Folgen eines unzulässigen Gewichts sind für den Kraftfahrzeugbesitzer recht nachteiliger Natur. Neben sofort fälligen Geldstrafen und Zwangsmaßnahmen für den Wiederholungsfall kann verlangt werden, daß das Übergewicht sofort an Ort und Stelle abgeleitet wird. Dadurch entstehen natürlich den Kraftwagenbesitzern sehr erhebliche Kosten. Im Interesse der Erhaltung der Straßen muß aber die Überladung der Kraftwagen unbedingt unterbleiben. Es ist dringend notwendig, daß sich die Lastkraftwagenbesitzer an das festgesetzte Höchstgewicht halten.

## Unterschlagungen beim Raiffeisenverein.

100 000 Mark Fehlbetrag.

Bei einer unvermuteten Revision der Kasse des Raiffeisenvereins in Groß-Zimmern wurden, nach Meldungen aus Darnstadt, Fehlbeträge bis zu 100 000 Mark festgestellt. Schon vor einigen Tagen wurde in der Vorstandssitzung der Gesellschafter der Verdacht ausgesprochen, daß Unterschlagungen vorgekommen seien. Die unvermutete Revision bestätigte den Verdacht. Gegen den Täter, den als Buchhalter tätigen Bankbeamten Leo Schmidt, der flüchtig ist, wurde ein Steckbrief erlassen. Die Mutter des Schmidt wurde in Untersuchungshaft genommen.

## Nationelle Elbe-Regulierung gefordert

Nachdem die Beseitigung der Stromenge bei Barförde in Angriff genommen worden ist, hat der Elbebund sich erneut an den Reichsverkehrsminister gewandt, weil in den Kreisen der Elbeschifffahrt, der Industrie und des Handels wegen der bisher ungenügenden Berücksichtigung der Elbe in den Haushaltsplänen der Reichswasserstraßenverwaltung immer noch Beunruhigung herrscht. Man erhebt Bedenken dagegen, daß die Baustrecke Barförde-Boizenburg etatsrechtlich in zwei getrennte Abschnitte geteilt worden ist. Man befürchtet bei einer späteren Inangriffnahme der Elberegulierung bei Boizenburg die allerschlimmsten Folgen für die Schifffahrt. Der Reichsverkehrsminister wird ersucht, die Bauarbeiten bei Boizenburg im zeitlichen Zusammenhang mit den Regulierungsarbeiten bei Boizenburg durchzuführen. Der Elbebund beantragt, in den Haushaltsplan der Reichswasserstraßenverwaltung im Jahre 1933 einen angenommenen Betrag für die Durchführung der Regulierungsarbeiten zwischen Boizenburg und Barförde einzusetzen.

## Abschluß der Schröderbank-Verhandlungen.

Schalteröffnung am Montag.

Wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, sind die Verhandlungen über die Sanierung der J. F. Schröderbank in Bremen nunmehr endgültig zum Abschluß gekommen. Der Treuhänder steht jetzt noch in Verhandlungen mit der Reichsbank, die die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Wiedereröffnung der Schalter des Instituts unter Bereitstellung der dazu erforderlichen Unterlagen zum Ziel haben. Man hofft, voraussichtlich am Freitag mit der Bekanntgabe des ganzen Sanierungsprogramms an die Öffentlichkeit treten zu können. Die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs bei der Schröderbank dürfte also spätestens am Montag erfolgen.

## Berechnen wegen Erbschaftsstreitigkeiten?

Ein rätselhafter Todesfall.

In Extern bei Hameln starb plötzlich der Landwirt Tietze. Kurz vorher hatte er nach einem Arzt verlangt. Der den Sonntagsdienst ausübende Arzt war jedoch am Kommen verhindert und die Todesursache blieb zunächst nicht ganz geklärt. Kurze Zeit später erschien der Sohn des Landwirts bei dem zuständigen Oberlandjäger und äußerte Verdachtsmomente dahingehend, sein Vater sei seiner Ansicht nach nicht eines natürlichen Todes gestorben. Die Staatsanwaltschaft ordnete sofort die Beschlagnahme der Leiche an. Zu dem Vorfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Zwischen dem Sohn und dem Schwiegersohn des Verstorbenen bestanden ziemlich erhebliche Erbschaftsstreitigkeiten. Während der Sohn 12 Morgen Land erhielt, bekam die Tochter nur zwei Morgen und das Wohnhaus. Der Vater hatte seinen Wohnsitz bei der Tochter. Bei der Teilung ist es seinerzeit zu unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen. Das Ergebnis der Leichenuntersuchung ist noch nicht bekannt.

## Das Einbrechertrio Gebr. Guß vor Gericht.

Schwere Zuchthausstrafen.

Vor dem Schöffengericht in Hildesheim standen die vielfach und schwer vorbestrafte Einbrecher, die drei Gebrüder Guß, die eine ganze Reihe schwerer Einbrüche unter Anwendung von Sprengstoffen in zwei Fällen begangen hatten. Vor Gericht waren die Angeklagten geständig. Sie wollen wegen Arbeitslosigkeit und großer Not die Straftaten ausgeführt haben, da sie nichts zu essen hatten. Gegen Heinrich, Alexander und Ferdinand Guß waren 10, 6 und 8 Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gesamturteil lautete für Heinrich Guß als Anführer und Rädelshörer auf sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus, Alexander Guß sechs Jahre Zuchthaus unter Einbeziehung einer kürzlich erkannten Strafe von sechs Monaten Gefängnis und Ferdinand Guß fünf Jahre sechs Monate Zuchthaus.

## Schlussdienst.

Vermischte Nachrichten vom 7. August.

### Verbesserte Steuereingänge.

Berlin. Wie von zutüftlicher Seite mitgeteilt wird, haben sich in den letzten Tagen die Steuereingänge so weit gebessert, daß die rückläufigen Überweisungen an die Länder geleistet werden konnten.

### Do X in Maranhao.

Die Do X ist, nach Neuport-Meldungen am Freitag um 17.58 Uhr in Maranhao (Brasilien) eingetroffen. Der Weiterflug erfolgt am Sonnabend früh.

Henderson nimmt an der Tagung des Europaausschusses teil.

London. Außenminister Henderson wird, wie amtlich mitgeteilt wird, am 31. August an der Tagung des Europaausschusses teilnehmen, die vor der Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes stattfindet. An der Völkerbundtagung wird auch der englische Handelsminister Graham teilnehmen.

### Unfall eines deutschen Kraftwagens in Schweden.

Stockholm. Das Linksfahren hat in Schweden wiederum zu einem Kraftwagenunfall geführt. Ein deutscher Kraftwagen, der Nummer nach angeblich aus Berlin, stieß auf der Lisselholmsbrücke in Stockholm mit einem schwedischen Lastkraftwagen zusammen, weil der deutsche Kraftwagenführer im entscheidenden Augenblick statt nach links nach rechts fuhr. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Soweit bekannt, ist niemand ernstlich zu Schaden gekommen.

100 000 Mark bei einem Raiffeisenverein unterschlagen.

Darmstadt. Bei einer unvermuteten Revision der Kasse des Raiffeisenvereins in Groß-Zimmern wurden Fehlbeträge bis zu 100 000 Mark festgestellt. Schon vor einigen Tagen wurde in der Vorstandssitzung der Gefährdeter der Verdacht ausgesprochen, daß Unterschlagungen vorgekommen seien. Gegen den Täter, den Buchhalter Leo Schmidt, der flüchtig ist, wurde Steckbrief erlassen. Die Mutter des Schmitt wurde in Untersuchungshaft genommen.

Der chinesische Kommunistenführer Chotischian erschossen.

Moskau. Meldungen aus Kaschgar zufolge ist dort der Führer der chinesischen Kommunisten, Chotischian, erschossen worden im Augenblick, als er mit seinen Begleitern die russisch-chinesische Grenze überschreiten wollte. Chotischian war Führer einer chinesischen kommunistischen Truppenabteilung im westlichen China. Mit Chotischian sind seine Frau, eine Europäerin und zwei Kommunisten erschossen worden.

## Börse und Handel

Amliche Berliner Notierungen vom 7. August.

\* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,42—20,46; holl. Gulden 169,63—169,97; Danz. 81,62—81,78; franz. Franc 16,49—16,53; Schweiz. 82,04—82,20; Belg. 58,64—58,76; Italien 21,99—22,03; schwed. Krone 112,44—112,66; dän. 112,39—112,61; norweg. 112,39—112,61; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 59,15—59,27; Argentinien 1,16—1,17; Spanien 35,11—35,19.

## Familien-Nachrichten.

Geboren:

Eine Tochter, Erich Himmen und Frau, Luise geb. Böhle, Halver.

Verlobte:

Else Frowein, Völkühle b. Wipperfurth und Friedr. Wilh. Scharmann, Halver.

Vermählte:

Walter Muth und Henny Muth geb. Linnepe, Brügge i. W. Paul Emil Ebberg, Hülseid und Emmy Lydia Anna Ebberg geb. Halbach, Linscheid. — Karl Ihlefeld, Brügge und Elfriede Ihlefeld geb. Bernmedes, Kierspe-Whf.

Gestorben:

Friedrich Rentrop, Schalksmühle, 92 J. alt. — Landwirt Fritz Niepmann, Frettlöh bei Breckerfeld, 76 J. alt. — Landwirt Hermann Rummenohl, Rummenohl, 82 J. alt. — Ehefrau Carl Th. Solmede, Alwine geb. Hasenkleeber, Halver, 65 J. alt. — Landwirt Otto Dahlhaus zu Holtshausen b. Breckerfeld, 50 J. alt. — Wilhelm Böcker zu Oberbrügge, 64 J. alt. — Karl Benger zu Harrenscheid, 55 J. alt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

# Es gibt kein „loses“ Persil!

Merken Sie sich das gut! Werden Sie mißtrauisch, wenn man Ihnen derartiges unter dem Deckmantel des guten „Persil“ aufreden will.

Persil *edda* nur in Originalpackung!

## Handwerkskammerbeiträge.

Die Hebelisten über die Handwerkskammerbeiträge für 1931 liegen vom 8.—22. August 1931 zur Einsicht der Beteiligten offen, und zwar die Hebeliste der Gemeinde Halver im Amtshause, Zimmer 9, und in der Gemeinde Schalksmühle in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle.

Halver, den 7. August 1931.

Der Bürgermeister.

## Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Sonntag, den 16. August 1931, 14.30 Uhr auf dem Gemeinde-Spielfeld an der Karlshöhe

## Stiftungsfest

Festfolge:

6.00 Uhr: **Weckruf.**  
13.30 Uhr: Antreten zum Festzuge.  
14.30 Uhr: Auftreten sämtlicher Abteilungen des Vereins.

U. a. findet ein **volkstümlicher Fünfkampf** zwischen den 1. Mannschaften nachfolgender Vereine statt:  
T. „Eintracht“ Dortmund e. V. 1848  
T. „Jahn“ Lützenfeld e. V. 1891  
Allgemeiner T. 09 e. V. Haspe  
Ver. Turn- u. Spielvereine Halver.  
20.00 Uhr: **BALL** in der Turnhalle.

Um zahlreichen Besuch bittet:

Der Turnrat.

## Neue Serie billiger Bücher

|                                             |          |
|---------------------------------------------|----------|
| Paul Keller, Ferien vom Ich                 | 2.85 Mk. |
| „ „ Habertus                                | 2.85 Mk. |
| „ „ Waldwinter                              | 2.85 Mk. |
| „ „ Die Insel der Einsamen                  | 2.85 Mk. |
| Gerh. Hauptmann, Die Insel der groß. Mutter | 2.85 Mk. |
| Galsworthy, Jenseits                        | 2.85 Mk. |
| Ganghofer, Schloß Hubertus                  | 2.85 Mk. |
| „ Edelweißkönig                             | 2.85 Mk. |
| „ Die Martinsklause                         | 2.85 Mk. |
| Sell, Weggenossen                           | 2.85 Mk. |
| Klabund, Borgia                             | 2.85 Mk. |

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

## WECK

jetzt bedeutend billiger!

Es kostet das schwere Weck-Flachrandglas komplett mit Ring:

|            |               |               |                       |
|------------|---------------|---------------|-----------------------|
| enge Form  | $\frac{1}{2}$ | $\frac{3}{4}$ | 1 Ltr.                |
|            | —,60          | —,65          | —,70                  |
| weite Form | $\frac{1}{2}$ | $\frac{3}{4}$ | 1 $\frac{1}{2}$ 2 Lt. |
|            | —,75          | —,80          | —,85 1,00 1,05        |

Ferner empfehle allerbilligst

Einmachgläser z. Zubinden Geleegläser  
Wilh. Bell jr., Halver  
Gust. Schröder, Schalksmühle

## Die neue Miele N° 100



Die ideale Maschine für den besseren Privat-Haushalt.

Preis:  
Drehstrom-Motor RM 410.-  
Wechselstrom-Motor RM 440.-  
Gleichstrom-Motor RM 456.-

Kupferbottich blank oder vernickelt • Aluminium-Waschbeweger • Schwenkbarer Wringer mit Aluminiumrahmen mit Vor- und Rücklauf und Momentauslösung • Vollkommen geräuschloser Gang. **Gediegene Werkmannsarbeit.**

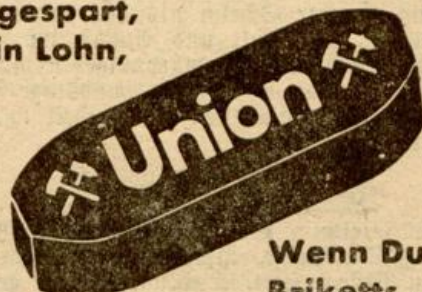
Zu beziehen durch die Fachgeschäfte.

**Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.**  
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands. Über 2000 Werke angehörig



**ALFA**  
Separatoren  
Melkmaschinen  
Dämpfer  
Butterfässer  
gegen bequeme Ratenzahlung.  
**E. & H. Eicker, Oberbrügge-Ehringhausen.**  
Landmaschinen und Reparaturwerkstatt.

Viel Geld gespart,  
das ist Dein Lohn,



Wenn Du nur heizt,  
Briketts „Union“!



Kreisverband  
Altena hält am Samstag,  
dem 15. August 1931,  
nachmittags 4 Uhr bei  
Herrn Fritz Wille in Ehring-  
hausen einen unentgelt-  
lichen

## Klempnerkursus.

ab. Wir laden unsere  
Mitglieder ergebenst  
hierzu ein

Der Vorstand.

## Günstige Gelegenheit!

Einige gut erhaltene  
gebrauchte

## Pianos

sehr preiswert, auch  
gegen Teilzahlung ab-  
zugeben.

**Carl Schmitt,**  
Hagen i. W.,  
Hofplanofabrik.

## Metall-Betten

Holz-  
Stahlmatt. Kinderb. Schlaf-  
zimm., Chaiselong., a. Priv.  
Ratenz. Katalog 1931 frei  
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Kaufe jedes Quantum

## Waldbeeren

zu den höchsten Tages-  
preisen.

**Otto Meisterjahn,**  
Kierspe, Tel. 218.

Alle Sorten

## Krankenweine

Rot- u. Weißweine

z. d. billigsten Tagespreisen.

Zu alten Preisen

div. Sorten Tabake.

1/2 Pfd. Stronatabak M. 1.25

**Albert Bollmann,**  
Kierspe.

## Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 10. August.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.  
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.  
7,05—8,00 Morgenkonzert.  
8,00 Zeitangabe und Wiederholung der  
Wettervorhersage.  
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilke  
Bremus.  
10,30 Erste Meldungen, amtliche Wasserstands-  
meldungen und Zeitangabe.  
10,40—11,45 Schallplattenkonzert (Electrola-  
platten).  
11,45—12,00 Funkwerbung mit Schallplatten.  
12,00 Schallplattenkonzert (Electrolaplatten).  
12,50 Wetterbericht.  
12,55 Rautener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen  
und Zeitangabe.  
13,00—14,30 Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt.  
Solist: Anita Dick (Klavier).  
14,30 Schlachthofmarktberichte.  
15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholung),  
Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen.  
15,50—16,20 Kinderstunde. Elf Vorderberge:  
Kinder und Puppen im Zentbeal.  
16,20—17,00 Jugendsinf. 1. Rektor Simon:  
Zwei irische Volksmärchen. 2. Willi  
Schäferdief: Was Jungens erzählen. Als  
Bergsteiger in den Alpen (2).  
17,00—18,00 Vesperkonzert. Szenen aus der  
Oper „Der Troubadour“ von Verdi.  
Electrola-Schallplatten.  
18,00—18,20 Deutsches Vaterland. Alfons P.  
quet: Fahrt auf dem Oberrhein.  
18,20—18,40 Polizei-Medizinrat Dr. B. S.  
Böhm: Wie lassen sich Schäden und Un-  
fälle beim Baden und Schwimmen ver-  
meiden?  
18,40—19,00 Dr. Franz Gortig: Das Kurz-  
arbeitsproblem der dritten Verord-  
nung.  
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-  
schaftsmeldungen und Sportvorbericht.  
19,15—19,25 Vom Tage.  
19,30—19,55 Behörden und Publikum. Regie-  
rungsrat Dr. Kramer: Beamte und  
Steuerpflichtige.  
19,55 Erste Abendmeldungen.  
20,00 Übertragung von der British  
Broadcasting Corporation, London:

### Promenadenkonzert

in der Queenshall, London. Leitung:  
Sir Henry Wood. Solisten: Frances  
Ruffel (Tenor), Oda Slobodskaya (Alt),  
\* \* \* (Violine). Werte von Richard  
Wagner.

21,40 Aus meinem Leben. Lujo Brentano.  
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über  
das geistige Leben, Sportbericht.

Anschließend bis 24,00: Nachtmusik und Tanz,  
Leitung: Eysoldt.